

# WEISS

Magazin der Freien Liste



...sich in den verschiedenen Bereichen sind, ebenso was die Parteien leisten müssen, damit sie umsetzbar ist, darüber sprechen wir jetzt noch gar nicht. Darüber soll aber gesprochen werden. Bald.

*E.S.:* Wir wollen das Thema möglichst fachlicher Arbeit und mit Kampagnen umsetzen, um die Diskussi...

**Ich sehe das auch so. Die Parteien müssten sonst für ihre Liste 50 Prozent Frauen suchen, ihre Wahlchancen wären aber immer noch viel geringer als für die Männer. Es braucht also auch Begleitmassnahmen.**

*C.V.:* Wilfried Marxer vom Liechtenstein hat auch Frauen wü... werden. Dass... ist

...geschafft haben. Seit... Gemeinderatswahlen hat aber eine Tendenz aufgezeigt, die nun bei den Landtagswahlen bestätigt wurde. Dem muss auf den Grund gegangen werden. Wilfried Marxer sagt zwar, dass es relativ schwierig ist, das Wahlverhalten abzufragen...

**... ja, weil wohl niemand in einer Befragung dazu stehen würde, dass er oder sie Frauen von Listen streicht.**

*C.V.:* Vieles passiert sicher auch unbewusst. Frauen...

## Gleichstellung!

Die Frauen werden nicht gehört.

No. 19, Mai 2017



/freieliste.li

04

– «Ich würde mich erst einer Wahl stellen, wenn es eine Quote gäbe» –

Sie wollen kein Heizmaterial sein und die schlechten Wahlaussichten von Frauen einfach hinnehmen. Corina Vogt-Beck und Eva Maria Schädler erzählen über die Ziele des Vereins «Hoi Quote».

08

– Die Technisierung führt zu stärkerem sozialen Gefälle –

wenn Roboter Menschen ersetzen, müssen sich vor allem Menschen mit mittleren Qualifikationen vor einem Jobverlust fürchten.

12

– Unser Boden – vom Lebensraum zum Luxusgut –

Die Nutzung des Bodens orientiert sich nur bedingt an wirtschaftlichen Kriterien oder dem Umgebungsraum. Das ist ökonomisch und raumplanerisch unbefriedigend, schreibt Christian Näff.

16

– Wo steckt der Wurm drin? –

Die Missachtung von Frauenrechten ist weltweit medial täglich präsent. In Liechtenstein hat bei der Gleichstellung gar eine Rückentwicklung stattgefunden, weil sie von Entscheidungsträgern schlicht nicht angepackt wurde.

20

– Die Regierung packt die Chance noch etwas verhalten an –

Im Mai-Landtag wurde die Interpellationsbeantwortung der Regierung zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO 2015–2030 diskutiert: Die Regierung zeigt sich selbstzufrieden und lässt sich in der Planung nicht in die Karten blicken.

## Impressum

**Herausgeberin** Freie Liste, Liechtenstein

**Redaktion** WEISS, Landstrasse 140, FL-9494 Schaan

**Redaktionsleitung** Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

**Gestaltung** Mathias Marxer, Gregor Schneider, Triesen

**Druck** LAMPERT Druckzentrum AG, Vaduz

**Schrift** Univers und New Baskerville

**Papier** Bavaria, 80 g/m<sup>2</sup>, FSC **Auflage** 19'800 Ex.



# Glück statt Leistung

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Gemäss einer aktuellen Umfrage des Liechtenstein Instituts sprechen sich hierzulande 39 Prozent für mehr Umverteilung aus und genauso viele für weniger Umverteilung. Dieses Gleichgewicht dürfte aufgehoben werden, wenn eine weitere Digitalisierungswelle über Liechtenstein rollt, die derzeit Medien und Politik beschäftigt. Gemäss sehr plausiblen Studien werden dann vor allem Jobs mit mittleren Qualifikationen wie Buchhaltung wegradiert und es bleiben sehr gut und sehr schlecht bezahlte Jobs übrig (siehe S. 8 und 9). Das wird dazu führen, dass hohe Löhne und auch tiefe Löhne kaum mehr nur als abhängig von «harter oder weniger harter Arbeit» wahrgenommen werden sondern häufiger als Glückssache. Der Ruf nach mehr Umverteilung wird lauter werden. Für den Forscher Andreas Brunhart ist klar, dass die Politik die «kreative Zerstörung von Arbeitsplätzen abfedern muss».

Reine Glücksache, die nichts mit Anstrengung zu tun hat, ist in Liechtenstein meist der Bodenbesitz. Die «Böden» werden innerhalb einer Familie weitervererbt und praktisch gar nicht besteuert. Wer ein Vermögen im Wert eines Bodens auf dem Bankkonto liegen hat, wird hingegen mit dem Sollertrag besteuert. Die Glücklichen, die ein Stück Boden mit einem Häuschen drauf besitzen, sparen ungefähr 1000 Franken im Jahr an Steuern. Dies ist ein Anreiz, die schöne Landschaft sorglos grosszügig zu verbauen. Fachleute zeigen ab Seite 12 interessante Lösungsideen auf, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren.

Barbara Jehle

# Wunsch und Wirklichkeit

Text Wolfgang Marxer, Wolfgang.Marxer@Landtag.li

Zwei Sätze aus dem aktuellen Koalitionsvertrag zwischen FBP und VU stechen hervor: Da ist einmal die grundsätzliche Feststellung, die neu aufgenommen wurde: «Die verfassungsmässige Entscheidungsfreiheit der Landtagsabgeordneten wird respektiert.» Wie bitte? Die verfassungsmässige Pflicht der Landtagsabgeordneten wird tatsächlich respektiert. Dies sagt wohl mehr über die politische Vergangenheit bei den Grossparteien aus als über die Neuzeit.

Und der zweite Satz, welcher den Koalitionsvertrag politisch relevant macht: «Die Koalitionspartner verpflichten sich, das Koalitionsprogramm und weitere Inhalte in einem Regierungsprogramm umzusetzen.»

Nun, was sich hier nach einer Verpflichtung anhört, ist ein gesetzliches Erfordernis:

Der Gesetzgeber (Landtag) fordert im Gesetz über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation (RVOG), dass sich eine neue Kollegialregierung für ihre Legislaturperiode strategische Ziele setzt und mit Projekten (Massnahmen) darlegt, wie sie diese erreichen will. Der Gesetzgeber will mit diesen Bestimmungen wohl erreichen, dass die Regierung managementmässig strategisch denkt, projiziert und umsetzt; und dies alles, um unter anderem am Tag X Rechenschaft abzulegen.

## Die Regierungsarbeit muss sich messen lassen

Entsprechend ist also ein Regierungsprogramm von politisch viel grösserer Relevanz; es ist ein für die politisch interessierte Öffentlichkeit bestimmtes Papier, das darlegt, woran sich die künftige Regierungsarbeit messen lassen will. Der Koalitionsvertrag gibt diesbezüglich noch nicht viel her. Die Worte «prüfen», «überprüfen» und «optimieren» sind dominant, was sich in etwa übersetzen lässt mit «wir schauen uns das mal an...».

Wenn denn die Koalitionsvereinbarung eine Vorlage für das Regierungsprogramm sein soll, darf man auf die Konkretisierung einiger Punkte gespannt sein. Interessante Beispiele wären dann: Die Definition einer «Digitalen Agenda», verschiedene Punkte im Bereich Bildung und Punkte zur Bedarfsplanung im Gesundheitswesen. Interessant wird auch sein, was mit «Kooperation zwischen Amtsstellen» genau gemeint sein soll.

## Verkehr und Wirtschaft werden einseitig behandelt

Mindestens ebenso wichtig wird aber sein, was im Koalitionsprogramm kaum oder nur sehr einseitig Niederschlag fand. Aus unserer Sicht sind die Ankündigungen zum Bereich Verkehr geradezu bedenklich. Die S-Bahn und der öffentliche Verkehr finden gar keine Erwähnung mehr. Ebenfalls keinen Platz finden beim Thema «Staatshaushalt» allfällige Korrekturen am heutigen Steuersystem. Auch die «angemessene Besteuerung von Liegenschaften» – immerhin im Papier 2013-2017 noch enthalten – wurde gekappt, obwohl zwischenzeitlich hier nichts geschehen ist. Das Thema «Wirtschaft» wird einseitig wirtschaftsfreundlich-liberal abgefasst. Das ist nicht grundsätzlich zu kritisieren, aber halt nur eine Seite der Medaille. Die Wirtschaft besteht eben auch aus Arbeitnehmenden. Und auch ein Wirtschaftsplatz benötigt eine koordinierte Entwicklung in punkto Wirtschaftszonen, Nutzung von Bodenressourcen, Belastung der Umwelt und damit eine nachhaltige Raum- und Verkehrsplanung. Doch all dies findet keine Erwähnung. Dass im Bereich «Justiz» eine Änderung im Wahlrecht, eine doppelte Staatsbürgerschaft oder eine Verkürzung der Einbürgerungsfristen nicht einmal genannt werden, zeigt erneut, dass zumindest ein Koalitionspartner davon nichts wissen will. Und es kommt wohl von gleicher Seite, der FBP, dass das Thema

«Trennung Kirche und Staat» auch nicht genannt wird, obwohl es zuvor zur Chefsache erklärt worden ist.

## Klare Handschrift der FBP

Insgesamt – und dies entspricht auch meiner persönliche Einschätzung der Politik der letzten vier Jahre, wird in diesem Koalitionsvertrag die Handschrift der FBP überdeutlich; es ist klar, wer bei diesem Vertrag den Ton angab und worauf sich die Politik und auch die Bevölkerung einstellen kann: auf beharrendes Bewahren, auf möglichst wenig Veränderung, auf wenig gesellschaftliche Entwicklung, auf wenig Öffnung innen- wie aussenpolitisch, auf wenig mutiges Angehen von Problemen und Entwicklungen. Bleibt abzuwarten, was nun ins Regierungsprogramm aufgenommen wird, welche Korrekturen und Ergänzungen im Vergleich zur Koalitionsvereinbarung hoffentlich erfolgen – und vor allem, mit welcher Zielsetzung was angegangen werden soll. ■

## Zielgerichtete Zielsetzung

Ziele sind erst Ziele, wenn sie spezifisch und eindeutig beschrieben, klar messbar, attraktiv, erstrebenswert zu erreichen, und dennoch realistisch und klar terminiert sind. Denn letztlich sind nur solche nach der SMART-Formel definierten Ziele von Nutzen. Dies ist in etwa das Einmaleins für jede Management- und -führungskraft. Im Regierungsprogramm 2013-2017 stand bei allen 32 Zielsetzungen das Wort «soll / sollen» und waren damit in jeder Hinsicht an Unverbindlichkeit kaum zu übertreffen. Und dabei haben sämtliche Mitglieder der Regierung einen Management-Abschluss.

# «Ich würde mich erst einer Wahl stellen, wenn es eine Quote gäbe»

Interview Barbara Jehle, info@weissmagazin.li Illustration Jürgen Schremser

**Corina Vogt-Beck und Eva-Maria Schädler vom Verein «Hoi Quote» können die Scheu vor Quoten nicht verstehen. Eine Quote könne Frauen endlich faire Chancen ermöglichen. Sie sind überzeugt, dass es viele qualifizierte Frauen für die Politik gibt. Die Qualifikationsfrage werde aber einseitig bei Frauen gestellt werden.**

**WEISS: Was ist eure Entstehungsgeschichte: Wie habt ihr es geschafft, dass so schnell so viele Menschen für «Hoi Quote» Feuer gefangen haben?**

Corina Vogt-Beck: Der Auslöser für die Gründung von Hoi Quote war das schlechte Abschneiden der Frauen bei den Landtagswahlen. Dass unser Verein so schnell eine Dynamik angenommen hat, zeigt, dass es ein Bedürfnis gibt oder ein Problem, das gelöst werden muss. Ich habe einige Tage nach den Wahlen eine Facebook-Seite gemacht. Mich hat es sehr beschäftigt, dass von den Medien lange nichts zu dem Thema publiziert worden ist. Erst drei Tage nach den Wahlen gab es eine Parteienumfrage mit dem Ergebnis: «nun müssen die Frauen halt stärker gefördert werden». Niemand sagte, dass etwas Unhaltbares und Unerhörtes passiert ist. Deshalb habe ich die Seite gemacht, die schnell Zuspruch gefunden hat. Auch habe ich gesagt, dass etwas Konkretes unternommen werden müsse und nicht nur geredet werden soll. Deshalb habe ich kurz darauf alle Interessierten via Facebook oder E-Mail angeschrieben und zu einem ersten Treffen eingeladen. An einem Samstagvormittag sind über 20 Personen zusammengekommen. Wir haben uns gegenseitig vorher nicht alle gekannt.

Eva-Maria Schädler: Ich bin im Vorstand des Vereins «Frauen in guter Verfassung». Über dieses Netzwerk wurde ich per E-Mail über Corina's Facebook-Gruppe informiert und fand es faszinierend, dass über soziale Medien eine solche Mobilisierung stattfinden konnte. Seit den Wahlen ist ein

Gefühl der Gelähmtheit eingetreten. Die Leitung im Frauennetz, die normalerweise auf eine solche Wahl reagiert hätte, hat sich gerade neu gebildet. Ebenso der Verein für Menschenrechte. Es war eine Art Vakuum da und alle waren ratlos, deshalb hat die Facebook-Seite einen Nerv getroffen. Beim Treffen hat man gemerkt, dass es brodelte.

**Warum habt ihr euch nicht an bestehende Vereine gewandt?**

C.V.: Eine meiner ersten Fragen war es, ob es eine Stelle gibt, die sich diesem Problem nun annehmen könne. Ich habe gehört: «Nein, eigentlich nicht». Viele Gruppen waren aufgelöst oder gerade dabei, sich neu zu organisieren. Die Menschen, die vorher aktiv waren in Fragen wie Chancengerechtigkeit oder Frauenförderung,

haben wieder etwas gesucht. Deshalb sind wohl viele aufgesprungen.

**Es ist derzeit einzigartig, dass eine Gruppe mit einer ganz konkreten Forderung, wie früher mit dem Frauenstimmrecht, heute mit einer Quotenforderung in die Öffentlichkeit geht.**

C.V.: Uns war von Anfang an wichtig, dass wir etwas Verbindliches schaffen. Wir wollten nicht abwarten, bis die Parteien das Thema Gleichstellung aufgreifen. Denn wir sind überzeugt, dass es jetzt Massnahmen braucht, die «verheben». Wir positionieren uns: Wir sind diejenigen, die für eine Quote sind. Das macht es auch einfacher, um mit uns zu diskutieren. Und wir wollen auch mit verschiedenen Stellen zusammenarbeiten. Zum Beispiel sind wir Mitglied beim Frauennetz Liechtenstein. Wir wollen Kreise ziehen.

## «Ein Mann ist halt ein Kerl, dem nimmt man vieles weniger krumm.»

**Quote ist immer noch für viele ein Reizwort. Viele Leute behaupten, mit einer Quote leide «die Qualität». Es würde einfach irgendwer in ein Ämtchen gehievt.**

C.V.: Diese Vorstellung geht mir nicht in den Kopf. Wie sollen 88 Prozent Männer gleich für den Landtag qualifiziert sein wie 12 Prozent Frauen? Denn die Verteilung müsste doch ein Abbild der Qualifikationen sein.

E.S.: Es sollte möglich sein, das Thema Quote zu diskutieren und das nicht nur auf dem Niveau «Quote Ja oder Nein». Es gibt vermutlich völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, was für ein Quotenmodell es sein soll und wie es umgesetzt werden kann. Man muss auch die Spukgespenster, die herumgeistern, ansprechen.

C.V.: Ja, und man muss das Wort Quote mal in den Mund nehmen trauen. Das Tabu in dem Sinn aufbrechen. Ob es eine temporäre Quote ist und welche politischen Gremien betroffen sind, ebenso was die Parteien leisten müssen, damit sie umsetzbar ist, darüber sprechen wir jetzt noch gar nicht. Darüber soll aber gesprochen werden. Bald.

E.S.: Wir wollen das Thema möglichst mit fachlicher Arbeit und mit Kampagnen in den Medien behalten, um die Diskussion aufrecht zu erhalten.

**Ihr habt euch bestimmt schon darüber unterhalten, in welcher Form ihr euch eine Quote vorstellen könnt: Ob es eine Listenquote sein soll, oder eine Frauenliste und eine Männerliste.**

E.S.: Wir haben intern drei Arbeitsgruppen gebildet. Eine davon soll sich nun mit verschiedenen Quotenmodellen auseinandersetzen und diese dann auch zur Diskussion stellen. Wir wollen dabei als überparteilicher Verein auch die Mitglieder der grossen Parteien in den Prozess miteinbeziehen. Es ist uns bewusst, dass wir breit abgestützt sein müssen und ein Verständnis dafür erst entstehen muss.

C.V.: Viele Länder kennen verbindliche Listenplätze im Wahlrecht. Die Parteien definieren intern, wer bei ihnen auf den Listen steht. In diesem Fall kann man den Parteien gesetzlich vorschreiben, wie hoch der Anteil der Frauen auf diesen Listen sein soll. Und dass alternierend Frau und Mann aufgelistet werden. In Österreich ist



diese Diskussion gerade aktuell. Bei uns funktioniert das nicht. Wir müssen andere Massnahmen ergreifen.

**Ich sehe das auch so. Die Parteien müssten sonst für ihre Liste 50 Prozent Frauen suchen, ihre Wahlchancen wären aber immer noch viel geringer als für die Männer. Es braucht also auch Begleitmassnahmen.**

C.V.: Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut sagt das auch. Frauen würden weiterhin weggestrichen werden. Dass überhaupt gestrichen werden kann, ist weltweit ganz selten. Bei uns können neun von zehn Kandidatinnen und Kandidaten weggestrichen werden und die Liste ist dennoch gültig.

**Setzt ihr auch gezielt auf Männer?**

C.V.: Das Thema muss von der ganzen Bevölkerung beachtet werden. Denn es betrifft auch die gesamte Bevölkerung. Wir nehmen den Männern ja nichts weg. Ich glaube, dass dies viele Männer auch verstehen – gerade die, die selber nicht das Rampenlicht und die politische Bühne oder eine andere Karriere in der Öffentlichkeit suchen. Männer haben Schwestern, Kolleginnen oder Töchter, die sich gerne politisch engagieren möchten. Männer erleben, wie ihnen nahestehende Frauen sich politisch stark engagieren, aber trotzdem keine Chance zum Mitmachen haben.

E.S.: Die Nachwahlbefragung lässt nur wenige konkrete Schlüsse zu, warum so wenig Frauen den Sprung in den Landtag

geschafft haben. Schon das Ergebnis der Gemeinderatswahlen hat aber eine Tendenz aufgezeigt, die nun bei den Landtagswahlen bestätigt wurde. Dem muss auf den Grund gegangen werden. Wilfried Marxer sagt zwar, dass es relativ schwierig ist, das Wahlverhalten abzufragen...

**... ja, weil wohl niemand in einer Befragung dazu stehen würde, dass er oder sie Frauen von Listen streicht.**

C.V.: Vieles passiert sicher auch unbewusst. Frauen streicht man öfter, weil sie sich noch viel stärker beweisen müssen. Man kennt die ganzen Klischees, die man nicht erfragen kann. Eine Frau ist zu stark geschminkt, sie ist zu wenig gepflegt, sie war mal betrunken oder es ist ihr ein Lapsus passiert, usw. Ein Mann ist halt ein Kerl, dem nimmt man vieles weniger krumm.

**Ist es eurer Ansicht nach wieder salonfähig geworden, frauenfeindliche Sprüche zu machen?**

C.V.: Ja, der Rechtsrutsch und das konservative Weltbild begünstigen dies. Es ist sozial akzeptierter, ganz offen sexistische oder auch rassistische Äusserungen zu machen.

Ein Grund liegt unserer Ansicht nach aber auch darin, dass Gleichstellungsthemen zusammen mit der Stabsstelle für Chancengleichheit in der Vergangenheit immer mehr zurückgedrängt wurden. Damit hat die Regierung auch das Signal ausgesendet, dass das Thema nicht mehr wichtig ist.

**Neben dieser Quotenforderung ist es euch ein Anliegen zu sensibilisieren. Was habt ihr diesbezüglich vor?**

C.V.: Zu Beginn haben wir sehr viel reagiert und viel Energie in die Vereinsgründung gesteckt. In zwei Jahren sind ja schon wieder Gemeinderatswahlen. Wir haben noch nichts Verbindliches, sie sind aber ein wichtiges Ziel. Auch die Medienarbeit ist sicher sehr wichtig. Wir werden weiterhin auf bestimmte Aussagen oder Vorkommnisse mit Leserbriefen reagieren. Wir werden bei den Kommissionsbesetzungen genau hinschauen. Es gibt dazu von der Regierung eine relativ alte Absichtserklärung, dass solche Stellen paritätisch besetzt werden sollen: Mindestens 30 Prozent von jedem Geschlecht. Eine andere Idee ist, dass Frauen z.B. an weiterführenden Schulen eine Diskussionskultur einbringen. Auch Tagungen und Fachgespräche möchten wir organisieren. Es ist also auf vielen Ebenen etwas geplant.

**Wie beurteilt ihr die Diskussion um Gleichstellung, wie sie nach einer gewissen Lähmungsphase nun medial geführt wird?**

E.S.: Die Diskussion wird sehr plakativ geführt. Es kommen dabei viele Rollenklischees zum Vorschein, auch dort, wo man sie nicht erwarten würde. Die sind einfach tief verankert. So wird immer wieder gerne behauptet, Frauen hätten eine andere Diskussionskultur und wollten sich nicht den politischen Auseinandersetzungen stellen.

C.V.: Was mich massiv gestört hat, ist, dass es zu Beginn immer geheissen hat, dass Frauen mehr Selbstbewusstsein haben müssen. Ist das ein journalistisches Argument in Liechtenstein? Mit solchen Klischees wird gearbeitet. Und gerade die Allermütigsten, die sich für eine Kandidatur bereit erklären, denen wird ans Schienbein getreten. Diesbezüglich muss sich ein Bewusstsein entwickeln.

**Es heisst dann ja auch immer, Quoten seien undemokratisch.**

C.V.: Das ist erst der Anfang, ich habe auch viele Frauen sagen hören, dass sie doch keine Quotenfrauen sein wollen. Ich frage dann: «Warum eigentlich nicht? Es ist doch dein gutes Recht!» Ich würde mich sogar erst dann einer Wahl stellen,

wenn es eine Quote gäbe. Ich möchte doch kein Material zum Verheizen sein. Ich verstehe überhaupt nicht, wie jemand etwas dagegen haben kann, dass beispielsweise die fünf besten Frauen und die fünf besten Männer in einem Gremium Einsitz nehmen. Niemand sagt ja, dass alle Frauen gewählt werden sollen.

E. S.: Die Qualifikationsfrage wird bei den Männern gar nicht gestellt. Sie wird nur bei den Frauen diskutiert. Bei der Quote ist es das Killerkriterium. Solche Argumente und Fehlschlüsse aufzuzeigen, ist auch eine Stärke unserer sehr kompetenten Medienfrauen im Vorstand.

**Ist nach diesem Wahlergebnis etwas anhaltend anders als nach anderen Tiefschlägen, das auch politisch gesehen Hoffnung macht?**

C.V.: Was wir erleben, ist eine sehr grosse Solidarität, auch aus Teilen der grossen Parteien. Sie sind sehr aktiv und sehr dafür, dass eine Quote eingeführt wird. Wir erhoffen uns diesbezüglich sehr viel. Die Selbstfindungsprozesse innerhalb der Parteien werden aber erst gestartet.

E.S.: Bisher hat die Vorstellung geherrscht, dass es immer besser wird, dass es immer mehr Frauen in politischen Ämtern gibt. Es gab ja Vorzeigefrauen, wie derzeit unsere einzige Vorsteherin im Land. Gerne weist man auf diese Frauen mit dem Hinweis «es ist doch alles gut, wir brauchen doch keine Frauenförderung mehr». Dabei wurde wohl einfach nicht bemerkt,

dass es immer die gleichen Frauen sind. Ich habe den Eindruck, dass viele ernüchtert sind. Von Seiten der kandidierenden Frauen wurde auch mehrfach bemerkt, dass sie enttäuscht davon sind, dass sie von der eigenen Partei nicht besser unterstützt worden sind.

C.V.: Parteien und Landtagsabgeordnete sind für uns sehr wichtig. Sie können massgeblich Anteil nehmen, wie schnell und in welcher Form eine Quote umgesetzt wird. ■

---

## «Den allermütigsten Frauen wird ans Schienbein getreten.»

---

---

### Zu den Personen:

Corina Vogt-Beck ist 38 Jahre alt, freischaffende Journalistin und Hausfrau. Sie lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern in Triesenberg.

Eva-Maria Schädler ist 39 und Mitarbeiterin im Schulamt. Sie lebt im Balzers und engagiert sich neben «Hoi Quote» auch im Vorstand von «Frauen in guter Verfassung».

---



Bereits Realität: die FFQ  
Frauen-Foto-Quote –  
repräsentativer als der  
Landtag!

# Die Technisierung führt zu stärkerem sozialen Gefälle

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

**Die Digitalisierung und Technisierung ist für viele Menschen ein Horrarszenario: In Altersheimen werden die Menschen von Robotern gepflegt, niedrig bezahlte Jobs werden wegrationalisiert. Ein Forscher zeigt, dass dies so nicht zutreffen wird. Ein Grund zur Sorge ist die Technisierung vor allem für den Mittelstand, weil dort Jobs wegbrechen. Spitzenlöhne werden noch mehr ansteigen, mittlere Löhne gedrückt.**

Die Einkommensungleichheit zwischen gut Qualifizierten und weniger gut Qualifizierten öffnet sich. In grossen Volkswirtschaften sind die Löhne seit Jahrzehnten nicht mehr angestiegen. Es gibt auch Länder, in denen eine erhöhte Arbeitslosigkeit herrscht. Als Gründe dafür gelten die Computertätigkeit und die Globalisierung, die die Arbeiter in die Zange nehmen. Nehmen Roboter und Computer in der Schweiz und Liechtenstein tatsächlich den Menschen die Arbeit weg? Und wenn ja, wer werden die Leidtragenden sein?

David Dorn, ein junger Arbeitsmarktökonom mit Professur in Zürich, hat sich umfassend historisch und empirisch mit der Technisierung und der Auswirkung auf die Arbeitenden beschäftigt. Die Vorstellung, dass Computer bald die menschliche Arbeit beschränken, da diese immer leistungsfähiger werden, spukt als These auch in der Ökonomie herum. Dorn hat einen Blick auf die Industriegeschichte geworfen, um zu sehen, welche Prognosen sich für die Schweiz bewahrheitet haben.

## Aus Angst Fabriken stürmen

Die Geschichte der Textilproduktion, die auch im Rheintal aufkam, dient als eines von vielen Beispielen: Die Technologie der Handspindel des Mittelalters wurde durch das Spinnrad abgelöst. In vielen Orten in Europa sorgte dies für Aufruhr, das Spinnrad wurde verboten. Die Bedenken: Technologie spart Arbeitskräfte ein, deshalb

folgt Arbeitslosigkeit. Die Technisierung liess sich aber nicht aufhalten. Basel führte neue Produktionsweisen ein und konnte dank tiefen Kosten Marktanteile gewinnen. Im 18. Jahrhundert wurde die Spinnmaschine «Spinning Jenny» eingeführt und sparte wieder viel an Arbeitskraft ein. Neuartige Fabriken wurden geschaffen. Unruhe liess nicht auf sich warten. In Grossbritannien gab es einen Maschinensturm, ebenso in Uster im Zürcher Oberland. In Liechtenstein und auch in Glarus fand die bäuerliche Bevölkerung in der «Jenny, Spörry & Cie» Arbeit, es kam nicht zu grösseren Tumulten. 1874 beschäftigte der Betrieb in Triesen immerhin 125 Arbeitskräfte, die Industrie im Mühleholz ebenso viele. Landrichter Kessler verteidigte diese Arbeit gegen den Vorwurf, dass «mit die-

ser Arbeit sittliche und physische Nachteile verbunden sind» und fuhr fort: «Die hohen Arbeitslöhne, welche verdient werden, haben auch den Wohlstand gehoben. Man lebt und kleidet sich besser.»

## Irrglaube: gleichbleibendes Angebot an Arbeit

Was ist mit der Beschäftigung passiert? Trotz arbeitssparendem Wandel gab es eine höhere Beschäftigung. Die Menschen unterlagen mit ihren Befürchtungen folgender Fehlannahme: «Es gibt eine fixe Menge an Arbeit, die aufgeteilt werden muss.» Dabei veränderte sich der Arbeitsmarkt: Es mussten Webstühle produziert werden. Die Fabrikproduktion von Kleidern führte zu massivem Preisrückgang. Dank Massenproduktion konnten die Konsumenten das beim Kleiderkauf eingesparte Geld für an-

---

«Eine Fehlannahme,  
dass eine fixe Menge an  
Arbeit aufgeteilt wird.»

---



---

«Die Gesellschaft wird die Ungleichheit nicht einfach so hinnehmen.»

---

deres verwenden, wie dies Kessler auch für die Liechtensteiner Arbeiter beschreibt. Es kam zu einer massiven Zunahme nach anderen Produkten. Ähnliches gilt auch für die landwirtschaftliche Produktion: Diese wurde in der Schweiz seit 1850 deutlich gesteigert, während der Beschäftigungsanteil dieses Sektors von über 50 Prozent auf knapp weniger als 1 Prozent eingebrochen ist. In Liechtenstein verlief die Entwicklung ähnlich. Heute sind in Liechtenstein 0.8 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig.

Diese Entwicklung wurde durch eine Vielzahl neuer Technologien, wie die Nutzung leistungsfähiger Landmaschinen, ermöglicht. Im Industriesektor ist Fließbandarbeit zusehends durch Maschinen und Produktionsroboter abgelöst worden. Auch im Dienstleistungssektor ermöglicht der technologische Wandel das Einsparen von Arbeitsstellen. Im Bankgewerbe etwa wird die Buchhaltung elektronisch erledigt. Es steht also ausser Frage, dass neue Technologien in grossem Umfang menschliche Arbeit ersetzt haben. Dennoch haben noch nie so viele Menschen wie heute in der Schweiz und Liechtenstein eine Lohnarbeit gefunden.

## Intelligent, aber feinmotorische Tölpel

Intelligente Maschinen entwickeln sich im Laufe der Zeit immer mehr. Sie haben klare Vorteile, aber auch klare Nachteile gegenüber der menschlichen Arbeit. Für

prozessuale Arbeit sind sie sehr gut. Sie eignen sich ausserdem zum Speichern, Abrufen, Verarbeiten und Übermitteln von Informationen und sie werden nicht müde. Auf Unvorhersehbares zu reagieren ist für Computer schwierig, ebenso Kreativität zu entwickeln.

Entsprechend konnte David Dorn zeigen, in welchen Branchen Computer menschliche Arbeit nicht ersetzen konnten und auch in den nächsten Jahren nicht können werden.

Hervorzuheben ist zuerst eine breite Palette an gut bezahlten Berufen wie Manager, Ingenieurinnen, Anwälte oder Unternehmensberaterinnen. Diese Tätigkeiten folgen nicht einem klaren, im Voraus definierten Arbeitsablauf, den man in ein Computerprogramm einspeisen könnte. Stattdessen erfordern sie immer wieder Kreativität, Problemlösung und Entscheidungsfähigkeit im Umgang mit neuen Projekten und Personen.

## Mittlere Berufe wegrationalisieren

Manche Tätigkeiten in der Buchhaltung hingegen können durch Computer ersetzt werden. Die von der Automatisierung betroffenen Büro- und Fertigungsberufe sind häufig keine Niedriglohnberufe, sondern sind im mittleren Bereich der Lohnverteilung angesiedelt. Ihr abnehmender Anteil an der Gesamtbeschäftigung führt deshalb dazu, dass wie eingangs erwähnt, sich die Schere zwischen Niedrig- und Hochlohn-

berufen noch weiter öffnet. Dies zeigt sich nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen westeuropäischen Ländern, in den USA und in reichen Ländern Ostasiens.

Service-Berufe wie Friseure, für die eine gute Feinmotorik gebraucht wird, aber auch Kinderbetreuerinnen und Altenpfleger, Kellner und Hauswartinnen: Es braucht für diese Berufe Feinmotorik und Kommunikation, aber keine sehr hohe Schulbildung. Dorn konnte zeigen, dass niedrig bezahlte Dienstleistungsberufe ihren Beschäftigungsanteil steigern konnten. Die vielfach geäusserte Befürchtung, dass Computer und Roboter die Arbeitskraft besonders von niedrig ausgebildeten Erwerbstätigen überflüssig macht, lässt sich empirisch nicht stützen. Dorn zeigt aber auf, dass sich die Tendenz, die sich schon in den letzten Jahren abgezeichnet hat, verstärken wird. Mittelgut bezahlte Bürojobs brechen immer mehr weg und die Polarisierung des Arbeitsmarktes in gut und schlecht bezahlte Berufe trägt dazu bei, dass in vielen westlichen Ländern die Einkommensungleichheit steigt. Somit können nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Masse vom technologischen Fortschritt und von der damit verbundenen Effizienzsteigerung profitieren. Die Gewinner sind also Managerinnen und Personen mit Spitzenfunktionen in Unternehmen. Bei dieser Gruppe spielen auch Boni und Aktienoptionen eine wichtige Rolle im Gesamterwerb. Spitzenlohnempfänger werden vermehrt in der Position sein, dass sie Löhne aushandeln können, die in einem Missverhältnis zur geleisteten Wertschöpfung stehen.

## Handlungsdruck auf Politik wird steigen

Hier ist die Politik gefordert, Lösungen zu finden. Denn die Gesellschaft wird die Ungleichheit wohl kaum einfach so hinnehmen. Für Arbeitnehmende, die Jahrzehnte in einem Berufsfeld gearbeitet haben, das nach und nach von Computern abgelöst wird, müssen Lösungen gefunden werden. Betroffen davon sind häufig Arbeitnehmende über 50. Für ältere Arbeitnehmende braucht es die Möglichkeit zur Weiterbildung.

Jüngere Menschen werden gemäss Dorn von sich aus Berufe erlernen, die im neuen Arbeitsmarktumfeld gefragt sind. ■

# «Wir sind in einer guten Position»

Interview Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

**WEISS: Nach David Dorn verschwinden mit der Technisierung Berufe aus der Mittelklasse wie Buchhaltungs- und allgemein Bürojobs. Auch in der Industrie werden Roboter weiter auf dem Vormarsch sein. Friseurinnen, Kinderkrippenbetreuer, Altenpfleger etc., also schlecht bezahlte Berufe, seien weiterhin gefragt. Wenn dies zutrifft, was bedeutet dies für den Liechtensteiner Arbeitsmarkt?**

Andreas Brunhart: Dorns Argumentation, dass vor allem mittlere Jobs verloren gehen, ist ökonomisch einleuchtend. Der Verlust kann aber teilweise auch Niedrig- und Hochqualifizierte betreffen: Ein Beispiel hierfür ist die automatisierte medizinische Diagnostik. Oder es wird ein ganzes Geschäftsmodell überholt, dann verliert auch die Führungscrew den Job. Falls die Digitalisierung einen anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit bringen sollte, weil die mittleren Jobs wegfallen, wird durch die sinkende Kaufkraft der Konsum nach allen Produkten und Dienstleistungen sinken. Davon wären auch Anbieter von neuen Produkten und damit neue Jobs betroffen. Andererseits ist in der Industrie das Rationalisierungspotenzial bei den niedrigqualifizierten Jobs sicher auch noch nicht ganz ausgeschöpft. Wir haben in Liechtenstein aber momentan wohl noch eine zu dünne Mikrodatalage, um beantworten zu können, ob wir stärker oder schwächer betroffen sein könnten als das Ausland. Liechtenstein hat im internationalen Vergleich in dieser Thematik aber eine sehr gute Ausgangsposition bei den ökonomischen Chancen von Digitalisierung und der Abfederung negativer Konsequenzen: Ein hoher Anteil an hochqualifizierten Arbeitsplätzen, ein gutes Bildungsniveau, finanzstarke und innovative Unternehmen mit hohen Forschungsausgaben, hohe Reserven bei öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen, eine sehr tiefe Arbeitslosigkeit, ein Zupendlermodell als Puffer etc.

**Dorn sagt, dass es keinen Nettoverlust von Arbeitsplätzen geben wird. In der Studie «Wirtschaftspotenzial und Zuwanderung in Liechtenstein», an der Sie mitgewirkt haben, wird diese Ansicht geteilt. Trotzdem ist die Angst vor einer fundamentalen Umwälzung durch Digitalisierung gross. Zurecht?**

Ich verstehe das Argument, dass durch den Anstieg der künstlichen Intelligenz momentan eine ganz neue Art von Technologisierung stattfindet. Allerdings waren Prognosen bezüglich technologischem Fortschritt und dessen vermeintlich negativer Wirkung auf die Beschäftigung auch schon im letzten Jahrhundert sehr düster, obwohl diese negativen Konsequenzen dann nie eingetreten sind – im Gegenteil. Prinzipiell ist es ja nichts Schlechtes, wenn es durch steigende Produktivität und somit technischem Fortschritt und Bildung möglich wird, durch geringeren Arbeitseinsatz produzieren zu können. Die Gesellschaft kann sich dadurch mehr Produktion und somit Konsum von Gütern und Dienstleistungen oder mehr Freizeit leisten.

**Unsere Vorfahren wären wohl froh gewesen, für die Finanzierung ihrer Bedürfnisse weniger arbeiten zu müssen.**

Ja, allerdings kann Arbeit als solches natürlich auch sinnstiftend sein und hier liegt genau das Problem, wenn grosse Teile der Bevölkerung den Zugang zum Arbeitsprozess verlieren sollten. Ich teile die allgemeine Hysterie um die negativen Konsequenzen der Digitalisierung aber trotzdem nur bedingt: Kreative Zerstörung von Arbeitsplätzen hat es immer gegeben. Der Beruf des Hufschmieds beispielsweise ist praktisch verschwunden, weil man irgendwann auf Automobile umgestiegen ist. Für die betreffende Berufsgruppe war dies ein schmerzhafter Prozess. Die Gesellschaft hat durch den Strukturwandel aber profitiert, weil sie mobiler wurde und zudem mit geringerem Einsatz produzieren konnte. Eine Produktivitätssteigerung bringt lang-

fristig im Regelfall höhere Löhne und Gewinne. Dadurch erhöht sich nicht nur die Nachfrage nach neuen Produkten, wodurch neue Jobs entstehen, der Konsum bestehender Produkte nimmt ebenfalls zu. Wenn man in die Vergangenheit schaut, wurden die Veränderungen immer bewältigt und alte Arbeitsplätze durch neue ersetzt. Die Mehrheit der Menschen hat sich flexibel auf die neuen Bedingungen eingestellt. Es ist Aufgabe des Staates, mit dem Wohlstandsgewinn der höheren Produktivität die Konsequenzen für die Verlierer dieser kreativen Zerstörung abzumildern. Mit abnehmendem Anteil des Produktionsfaktors Arbeit im Zuge der Digitalisierung stellt sich aber die Frage, wie der Staat die Mittel für diese Abfederung generieren soll, sprich wie die digitale Arbeitsleistung besteuert werden soll, welche ja die Lohnsteuereinnahmen reduziert.

**Wie kann eine staatliche Abfederung im Zeitalter der Digitalisierung konkret aussehen?**

Unter ÖkonomInnen wird in diesem Zusammenhang auch das bedingungslose Grundeinkommen thematisiert. Die Finanzierbarkeit ist dabei stark umstritten, weil in den ohnehin schon komplizierten Simulationsrechnungen die Anreizwirkungen unmöglich zu prognostizieren sind. Falls die Digitalisierung aber im pessimistischen Fall wirklich grosse Teile der Bevölkerung vom Arbeitsprozess ausschliessen sollte, würde sich die Nichtintegrierbarkeit in den Arbeitsmarkt für viele Bevölkerungsgruppen vom Ausnahmefall zum Regelfall entwickeln. Zumindest in einer Übergangsphase, in der der Transformationsprozess für viele zu schnell gehen könnte und Gesellschaft und Bildungssystem sich zu langsam anpassen, würde das Grundeinkommen oder ähnliche Instrumente dann zwangsweise immer stärker zum Thema werden. ■

Andreas Brunhart ist Ökonom und Forscher am Liechtenstein Institut.

# Wohin mit den Antennen?

Text Patrick Risch, Patrick.Risch@Landtag.li

Alle, die mit Handys telefonieren, wünschen sich eine möglichst hohe Empfangsabdeckung, aber niemand möchte direkt bei sich eine Antenne: Die Gemeinde Schellenberg untersucht nun die Möglichkeit von kleinen Zellen mit geringer Strahlung.

Es gibt sie noch, die weissen Flecken, wo keine Strahlen hinkommen. Das Amt für Kommunikation hat auf Geheiss der Regierung die Initiative ergriffen und möchte dem schlechten Handy-Empfang in diesen Gebieten ein Ende bereiten. Vermutlich nicht ganz freiwillig, denn beim Amt gehen Reklamationen betreffend den schlechten Handy-Empfang ein. Anfangs Jahr hat sich der Gemeinderat Schellenberg mit der Frage des Mobilfunk-Empfanges auf dem Gemeindegebiet und einem allfälligen Standort für eine neue Antenne befasst. Als möglicher Standort für eine neue Antenne kommen zwei Wohnquartiere oder das Areal um den Sportplatz in Frage. Die Reaktion von der Bevölkerung kam postwendend: «Besserer Mobilfunk ja gerne, aber keine Antenne bei mir.»

**Gute Lösung mit kleinen Zellen**

Liechtenstein verfügt mit der Schweiz über sehr strenge Richtlinien zu den Grenzwerten der Strahlenbelastung durch Mobilfunk. Vielleicht hat sich gerade deswegen die Stadt St. Gallen Gedanken um einen guten Mobilfunkempfang bei einer niedrigen Strahlenbelastung gemacht. Es wurde eine Lösung mit dem Betrieb von vielen sehr kleinen Mobilfunkzellen (Femtozellen) mit geringer Strahlungsstärke statt grosser weniger Antennen (Makrozellen) mit einer relativ hohen Strahlenbelastung gewählt. Femtozellen sind so klein, dass sie sogar Platz in Strassenlampen haben. Alle, die einen idealen Mobilfunkempfang zu Hause wünschen, können ausserdem selbst eine Femtozelle in den eigenen vier Wänden platzieren.

**Internettelefonie vereinfacht Versorgung**

Heute setzen viele Leute auf das Mobiltelefon und verzichten auf einen Festnetzanschluss und den Internetanschluss zu Hause. Verübeln kann man ihnen das nicht, die Handy-Tarife von FL1 treiben einen fast in diese Falle: Für 99 Franken kriegt man unlimitiert Gesprächsminuten und 10GB Daten. Das reicht für die meisten. Plaudertaschen, die über das Festnetztelefon telefonieren, zahlen zwar nur 89 Franken, aber nach 200 Minuten Telefonieren ist Schluss mit «inklusive», danach kostet jede Minute. Ein Handytarif muss zusätzlich gebucht werden, wenn mann/frau unterwegs erreichbar sein will.

Es scheint, dass die Telecom Liechtenstein in Sachen Mobilfunk ausschliesslich Abos verkaufen möchte, statt «innovative» Standards einzuführen – zum Beispiel das Wifi-Calling. Damit könnten Handybenutzer zu Hause über das hauseigene WLAN telefonieren und ausser Haus über die Handyantennen. Das würde schon mal die Möglichkeit Handystrahlen bis in den hintersten Winkel des Hauses zuzulassen, unnötig machen.

Die Mobilfunkanbieter, allen voran die Telecom Liechtenstein, müssen sich Gedanken machen, wie es in Zukunft weitergehen soll und Möglichkeiten anbieten, das Festnetz zu Hause und das Smartphone besser miteinander zu verzahnen, technisch und auch marketingmässig. Schon heute stehen 24 Makrozellen für den Mobilfunk in Liechtenstein bereit, mit dem steigenden Datenhunger werden es in wenigen Jahren viel mehr sein. Interessanterweise werden Windräder von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, doch Mobilfunkantennen als notwendiges Übel akzeptiert. Liegt es daran, dass wir Windräder sehen, aber die Handystrahlen weder sehen und noch spüren?

Meiner Meinung nach muss das St. Galler Modell der Femtozellen in Liechtenstein seriös geprüft werden, denn mit dem

nächsten Standard des Mobilfunks werden die Kapazitäten unserer heutigen Mobilfunkantennen bei weitem nicht mehr ausreichen. Es müssen alle Varianten geprüft werden, wenn wir nicht in jedem Quartier einen Handymasten stehen haben wollen. ■

Die 4G (vierte Generation des Mobilfunk-Standards), auch LTE genannt, erlaubt Download-Geschwindigkeiten unter optimalen Voraussetzungen bis zu 150 Mbit/s. Die 3G (dritte Generation) ist der Vorläufer des heutigen Standards. Erst seit es 3G gibt, macht eine Datennutzung über das Mobiltelefon Sinn.

**Handystrahlung**

Ist der Handyempfang an einem Ort schlecht, muss das Handy mit voller Sendeleistung eine Verbindung zur nächsten Mobilfunkantenne aufbauen. Wenn hingegen der Mobilfunkempfang ausgezeichnet ist, ist zwar die Sendeleistung des Handys beim Telefonieren geringer, jedoch werden wir alle während 24h Stunden immer und überall mit einer konstanten Strahlung von der Antenne versorgt. Experten sind sich heute noch uneinig, ob diese Strahlung gesundheitlich unbedenklich ist.

**Die verschiedenen Mobilfunk-Antennen:**

Makrozellen haben eine Reichweite bis zu 50km und senden mit bis zu 5W. Mikrozellen haben eine Reichweite bis zu 2km und senden mit bis zu 5W. Picozellen haben eine Reichweite bis zu 300m und senden mit bis zu 200mW. Femtozellen haben eine Reichweite bis zu 200m und senden mit bis zu 100mW.

## «Unser Boden – vom Lebensraum zum Luxusgut»

Text Christian Näff



### Raumplanung und Boden

Raumplanung bezweckt den Schutz und die langfristige Entwicklung unseres Lebensraums im Sinne der übergeordneten gesellschaftlichen Ziele. Schon in den 60er-Jahren waren deshalb in Liechtenstein erste Bestrebungen gemacht worden, um auf Behördenebene Instrumente einzuführen, die eine gezielte Steuerung der Raumentwicklung ermöglichen sollten. Ein Raumplanungsgesetz, das genau das beabsichtigte, wurde 2002 in einer Volksabstimmung aber klar abgelehnt. Die diffuse Angst, der Staat könnte sich übermässig in die Bodennutzung einmischen und den Markt übermässig reglementieren, führte wohl zu diesem Resultat. In einem Abstimmungsinserat von damals hiess es: «Wussten Sie, dass das Raumplanungsgesetz zu einer Verknappung des Baugrundes führt und als Folge daraus die Mietpreise um 15 bis 20 Prozent steigen werden?» Nun, das Gesetz wurde nicht eingeführt. Die Bodenpreise stiegen in der Folge bis heute aber trotzdem oder gerade deswegen um weite gut 20%.

Das Resultat der Volksabstimmung war aber auch ein klares Zeichen, dass die Beziehung vieler Liechtensteiner zum Boden immer noch eine spezielle ist und eine Mehrzahl immer noch davor Angst hat, dass die eigenen Eigentumsrechte beim Boden eingeschränkt werden könnten. Es fehlt bis heute ein breites Bewusstsein dafür, dass die Lebensqualität aller Bewohner Liechtensteins u.a. von einer wirksamen Raumplanung und einer ressourcenschonenden Nutzung unseres Lebensraums ab-

hängt. Liechtenstein ist geprägt vom Selbstverständnis der Bodeneigentümer. Boden stellt ein Stück Heimat und Sicherheit dar und war im Bauernland Liechtenstein für viele Familien über Generationen hinweg die Grundlage fürs Überleben. Nach und nach wurde der Landbesitz jedoch seit Beginn des 19. Jahrhunderts wegen abnehmender Bedeutung des Bauernstands und durch Erbvorgänge immer mehr aufgeteilt. Heute ist die gängige Parzellierung das Einfamilienhaus-Grundstück. Der Wohlstand nahm zu und der Boden dient heute nicht mehr dazu, das Überleben zu sichern, sondern wurde zum bedeutenden Vermögens- oder auch Spekulationsobjekt. Vom Bauer zum Banker...

### Der Bodenmarkt

Wer heute für den Traum vom eigenen Heim ein Stück Land erwerben möchte, muss dies teuer bezahlen oder kann mangels Gelegenheit oder wegen der hohen Bodenpreise in Liechtenstein gar kein Wohneigentum erwerben. Es bleibt teilweise nur der Weg über den Rhein. Interessant ist in dieser Hinsicht auch die Tatsache, dass Mietwohnungen in Liechtenstein zu relativ vernünftigen Preisen verfügbar sind und sogar bedeutende Leerstände auf dem Markt bestehen. Es gibt also genügend Wohnungen in Liechtenstein. Die vorhandenen Baulandreserven würden sogar ausreichen, um 80 bis 100'000 Einwohner in Liechtenstein unterzubringen. Sobald jemand aber Wohneigentum in Liechtenstein erwerben möchte, wird es schwierig und teuer, sehr teuer. Die Bodenpreise lassen sich nicht mit den marktgängigen Mieten rechtfertigen. Der Bodenmarkt ist geprägt von einem tatsächlichen Angebotsmangel. Boden wird in Liechtenstein nämlich gehortet, sodass ein funktionierender Bodenmarkt nicht gegeben ist. Die Nutzung des Bodens orientiert sich nur bedingt an wirtschaftlichen Kriterien oder den räumlichen Bedingungen der Umgebung. Gebäude werden dort gebaut, wo Boden eben verfügbar ist. Bauparzellen in den Gemeindezentren bleiben zu einem guten Teil ungenutzt. Parkplätze und Restflächen finden sich an guten Wohnlagen. Einfamilienhäuser mit ihrer tiefen Ausnutzung sind vielerorts immer noch der Normalfall. Demgegenüber

werden aber laufend neue Wohngebiete teuer erschlossen und müssen langfristig unterhalten werden. Im Sinne des Landschaftsschutzes und eines ökonomischen Umgangs mit dem beschränkten Boden ist all das nicht sehr klug und führt letztlich zu einer ineffizienten Bodennutzung. Warum aber ist das so?

### Bodenbesitz wird begünstigt, der Handel erschwert...

Bodenbesitz wird in Liechtenstein grundsätzlich gefördert, indem er steuerlich gegenüber anderen Vermögensarten begünstigt wird. Er wird zwar über die Vermögenssteuer besteuert, es hat sich jedoch die Praxis herausgebildet, dass der Boden nur zu einem Bruchteil des eigentlichen Verkehrswertes in die Steuerrechnung einfließt. Besitzt jemand z.B. Ersparnisse von 250'000 Franken auf seinem Bankkonto, so wird dieser Vermögensanteil regulär und unter Berücksichtigung des Vermögensfreibetrags mit dem Sollertrag von 4% über den Erwerb versteuert. Kauft diese Person nun aber ein Einfamilienhaus, so wird der Bodenanteil steuerlich praktisch mit Null bewertet und somit plötzlich nicht mehr in der Steuerrechnung berücksichtigt. Der glückliche Immobilienbesitzer spart so bei der Vermögenssteuer jährlich je nach Einkommen etwa 0.4% des Bodenwerts. Dies entspricht heute bei einem Einfamilienhaus etwa einer Steuereinsparung von 1'000 Franken pro Jahr oder bei einer Wohnung aufgrund des in der Regel kleineren Bodenbedarfs etwa der Hälfte. Dieser Mechanismus ist grundsätzlich auch nicht falsch. Er bevorzugt aus Steuersicht einfach den Immobilienbesitz, so wie es auch die Wohnbauförderung beabsichtigt. Anders als bei der Wohnbauförderung profitieren aber von diesem Steuergeschenk nicht nur Personen aus dem Mittelstand sondern alle Bodenbesitzer. Und so hat unser Grund und Boden neben seiner Bestimmung als Wohn- oder Arbeitsraum auch eine Bedeutung als Steuersparinstrument, was mit dafür verantwortlich sein dürfte, dass das Angebot an Boden wohl auf lange Sicht knapp und die Preise hoch bleiben werden. Auch auf der Nachfrageseite wird der Bodenhandel durch Einschränkungen im Grundverkehr erschwert. Insgesamt ist

der Immobilienmarkt in Liechtenstein in Teilbereichen so stark reglementiert und steuertechnisch verzerrt, dass der Markt nach meiner Einschätzung nicht mehr so funktioniert, wie es gesellschaftlich und wirtschaftlich eigentlich erwünscht wäre.

### Steuern, Verantwortung und die gesellschaftlichen Ziele

Die Situation auf dem Bodenmarkt wird oft beklagt und sie widerspricht in einer breiteren Perspektive auch den weitgehend unumstrittenen gesellschaftlichen Zielen, Wohneigentum für den Mittelstand erschwinglich zu machen und mit der beschränkten Ressource Boden sorgsam umzugehen. Nimmt man diese Ziele ernst, dann sollten die beschriebenen Fehlanreize des gegenwärtigen Steuersystems reduziert und die grundlegenden Verzerrungen des Bodenmarkts eigentlich beseitigt werden. Das würde bedeuten, dass die bestehende steuerliche Bevorzugung von Boden gegenüber anderen Vermögenswerten und im weiteren auch die Beschränkungen des Grundverkehrs zumindest teilweise aufgehoben werden. Diese Massnahmen wären auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass der bestehende steuerliche Sollertrag von 4% im Tiefzinsumfeld der letzten Jahre vielfach als zu hoch angesehen wird. Es gibt dort offensichtlich ein Missverhältnis zwischen der momentan tiefen Besteuerung von Grundstücken und der von anderen Vermögensarten.

Das Ziel einer Bodenbesteuerung kann es aber nicht sein, die Steuerzahlenden insgesamt stärker zu belasten. Eine neue Ausrichtung des bestehenden Steuermodells könnte vielmehr dazu genutzt werden, im Gegenzug den nicht umstrittenen Sollertrag auf allen Vermögenswerten zu reduzieren oder den Vermögensfreibetrag im Sinne einer Wohneigentumsförderung zu erhöhen. Es gibt mehrere Stellschrauben, mit denen verschiedene Interessen auf relativ einfache Weise berücksichtigt werden könnten. Auch die «richtige» Bewertung des Bodens ist natürlich nicht einfach und müsste vorsichtig an den Markt angelehert werden.

Das übergeordnete Ziel wäre aber ein funktionierender Bodenmarkt und ein ressourcenschonender Umgang mit un-

serem Boden. Eine Überhitzung des Bodenmarkts wäre ebenso wenig erwünscht wie ein plötzlicher Absturz desselben. Abzusehen wäre nach meiner Einschätzung aber, dass die beschriebenen Massnahmen letztlich die Verfügbarkeit von Boden und die Handlungsfähigkeit aller Akteure in der Raumplanung erhöhen könnten. Eine Bodenbesteuerung könnte dazu führen, dass der Boden in Liechtenstein eine im besten Sinne höhere «Wertschätzung» erfährt und sich damit neue Chancen für die Entwicklung unseres Lebensraums in Liechtenstein ergeben könnten. ■

## Die Maurer Bodenbank – grosses Interesse für ein raumplanerisches Instrument

Text Claudia Robinigg-Büchel



Mauren plant schon seit einigen Jahren die Umsetzung einer sogenannten Bodenbank. Dahinter steckt die Idee, dass die Gemeinde Leuten in Mauren, die kein baureifes Grundstück besitzen, die Möglichkeit bieten will, bauen zu können. Um die besiedelte Fläche von Mauren liegt eine Art Gürtel mit «Weissen Zonen», die ausserhalb der Bauzonen liegen. Eine Bodenbank ermöglicht den Besitzerinnen und Besitzern, ihre Grundstücke in der Reservezone bzw. der ehemals Weissen Zone mit Bauland in der Gemeinde zu tauschen. So kann eine Zersiedelung an den Dorfrändern verhindert und zu verdichtetem Bauen angeregt werden. Der Gemeinderat hat in einem ersten Schritt anlässlich

einer Umfrage evaluiert, ob es in Mauren überhaupt ein Interesse für einen solchen Bodentausch gibt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Nachfrage bei weitem das Angebot übersteigt. Meiner Ansicht nach ist die Idee sehr attraktiv und es können verschiedene Interessen berücksichtigt werden. So kann ein Grundstück sowohl aus der Nichtbauzone als auch aus einer noch nicht erschlossenen Bauzone getauscht werden. Unsere Gemeinde verfügt über grosse nicht erschlossene Bauzonen. Bis zur fertigen Erschliessung dieser Gebiete dauert es meist sehr viele Jahre. Mit dem Tauschangebot der Bodenbank kann nun zum Beispiel eine junge Familie schneller eine Baumöglichkeit bekommen. Raumplanerisch ist das Modell geschickt. Es muss nicht ein ganzes Gebiet, in dem in absehbarer Zeit nur wenige konkrete Bauvorhaben verwirklicht werden, erschlossen werden. In einem zweiten Schritt hat die Gemeinde geprüft, ob es eine Möglichkeit gibt, eine Gemeindefläche für die Bodenbank bereitzustellen. Ein grosses Grundstück im Besitz der Bürgergenossenschaft erfüllte diese Voraussetzungen bestens. Die Bodenbank-Idee überzeugte die Genossenschaftsversammlung und das Vorhaben kann nun weiter bearbeitet werden. Gemeinde und Bürgergenossenschaft werden zu verschiedenen Teilen gemeinsam Trägerinnen der Bodenbank sein. Eine wichtige Rolle spielt derzeit die Regierung. Die Anpassung des Zonenplans kann nur durch einen Regierungsbeschluss erfolgen. Da die Bodenbank auch erwünschte raumplanerische Aspekte einbezieht, können wir auf einen positiven Beschluss hoffen. Wir planen indessen schon weiter und legen derzeit fest, an welche Bedingungen ein Tausch geknüpft werden sollte. So wird zum Beispiel die Grundstückfläche in eine Bruttowohnfläche getauscht. Auch die maximale Bezugsfläche für eine Familie muss definiert werden. Es gibt beim Tausch aber noch weitere Faktoren zu berücksichtigen. Ein Boden in der unerschlossenen Bauzone ist mehr wert als ein Grundstück aus dem «Übrigem Gemeindegebiet.» Und doch soll der Bodentausch für Einzelne attraktiv bleiben. Einen zeitlichen Rahmen für die Bodenbank haben wir uns noch nicht setzen können, denn dieser hängt derzeit von der Regierung ab. ■

# Raumplanung in Liechtenstein – vom wenig gebremsten Bodenverbrauch zum verantwortungsvollen Handeln

Text Mario F. Broggi



## Ausgangslage

Unsere Rheintalebene ist von einem ungleichartigen Siedlungsbrei überwuchert; der offene Boden verschwindet, im kleinen Land ein knappes Gut. Raumplanung hätte den Sinn eine haushälterische Nutzung des Bodens zu organisieren. Stattdessen haben wir seit den 1960-er Jahren eine Bauzonenfläche ausgewiesen, die Platz für ca. 100 000 Einwohner bietet. Allein im Zeitraum von 1984-2008 wurde diese Bauzone von 1259 Hektaren nochmals um 500 ha erweitert. Die Bauzone ist also massiv überdimensioniert, trotzdem gibt es kaum einen Bodenmarkt. Das hängt mit einem ungerechten Boden- und Steuerrecht zusammen. Bankkonti sind bei uns ohne Wenn und Aber als solche in Franken und Rappen zu versteuern. Aber ohne Handänderung gilt im erschlossenen Bauland häufig noch die landwirtschaftliche Taxierung. Man könnte mit Böden in der Bauzone steuerlich betrachtet armengenössig sein. So unterbleibt ein Anreiz in der ausgewiesenen Bauzone auch zu bauen, was den Druck auf deren Aussengrenzen erhöht. So läuft unsere Sanduhr des Verbauens ein Mehrfaches schneller ab als in der Schweiz, was hier wöchentlich einem Fussballfeld entspricht, um es sportlich auszudrücken. Eine drohende «Monegasierung» des Landes wurde bereits in den 1970-er Jahren angesprochen. Wir leben

ökologisch betrachtet weiterhin mit einem 3 bis 4-fachen Fussabdruck, was mit Nachhaltigkeitsüberlegungen nichts zu tun hat. So bleibt vieles im Bereich von «Greenwashing».

## Was ist zu tun?

### 1. Ohne Ethik geht es nicht!

Unsere Ethik scheint das räumliche Umfeld des Menschen nicht in Betracht zu ziehen. Unsere abendländischen Vorstellungen sind eher davon geprägt die Erde auszubeuten. Hinter jeder Planung müssen aber ethische Vorstellungen stehen, aus denen Verantwortungen wahrzunehmen sind. Unser Verständnis zum Eigentum ist pervertiert. Es gibt nur mehr Rechte, kaum Pflichten. Die Diskussions- und Realitätsverweigerung, ja Tabuisierung im Boden- und Steuerrecht ist aufzuheben. Die Verfügungsrechte sind zu überdenken. Immobilienhaie gestalten den Raum nach ihren Interessen, die Gemeinden müssen ihre Deutungshoheit zurückgewinnen.

### 2. Wir brauchen eine neue Planungskultur mit mehr Partizipation

Das klassische Verständnis von Planung war das Bild des «starken» Staates, der durch Raumplanung «Ordnung» stiftet. Das hat in Liechtenstein weitgehend versagt. Die hoheitliche Verwaltung alleine kann die Last der Gesellschaftsregelung nicht tragen. Eine neue Planungskultur muss versucht werden. Moderne Verfahren zeichnen sich durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit aus, machen Informationen für alle verfügbar und arbeiten in Konsensbildungsforen. Das ist alles mühsam, aber wohl einzig erfolgreich.

### 3. Neue Mittel und Methoden mit Lenkungsmaßnahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten.

Vor allem innerhalb der Bauzonen brauchen wir innovative Ergänzungen unserer Raumplanungsinstrumente. Es sind dies angepasste Bodensteuern und Instrumente wie Flächennutzungszertifikate als Lenkungsimpulse. Das muss dazu führen, Bauland besser auszunutzen. Gewinne, die ohne ökonomische Aktivität durch Zufall entstehen, wie etwa bei der baulichen Einzonung, sind zumindest teilweise ab-

zuschöpfen. Bei jeder Baulandumlegung bekommen wir nicht mehr genau den gleichen Boden zurück, die Zukunft gehört den Zertifikaten unter Wahrung des Besitzstandes. Sie werden aktiviert wenn ein Baubedarf besteht. Schliesslich brauchen wir integrierte Konzepte für Siedlung, Landschaft und Infrastruktur, also das Sehen des Ganzen. Das bedingt über den eigenen Kirchturm hinauszuschauen, also über die Sektoralpolitiken, in unserem Falle gar über die Landesgrenzen. Hierzu zwei Beispiele.

### Von der heutigen Zersiedlung zur «Gartenstadt»

Zersiedlung ist ein ungeplantes, ressourcenintensives Siedlungs- und Infrastrukturwachstum, das keinem nachhaltigen Konzept folgt, sondern in der Summe den individuellen Wünschen einzelner Anspruchsgruppen. Wie kann man nachträglich diesen Wildwuchs noch kultivieren und städtebaulich integrieren? Die wertvollen Lagen sind hier die Ränder, und zwar die Innen- wie die Aussenränder. Mit den Rändern bieten sich Verknüpfungen zu dem verbliebenen offenen Land, unseren Landschaftspärken an, die wir auch «grüne Lungen» nennen können und die unbedingt zu erhalten sind. Im Innern der Zersiedlung soll versucht werden, Zentren oder Subzentren mit einer Konzentration öffentlicher Gebäude und Anlagen zu schaffen. Solche Zentrumsbildungen sind für den wirtschaftlichen Einsatz des öffentlichen Verkehrs bedeutsam, denn die Zersiedlung mit der starken Trennung von Wohnen und Arbeiten bedingt ja den zunehmenden Einsatz des privaten Motorfahrzeugverkehrs, eines der drückenden Probleme unseres Tales. Teile der bisher nicht überbauten Grünflächen im Siedlungsgebiet sollten als «innere Ränder» «auf Eis» gelegt werden, das heisst vorläufig nicht weiterhin überbaut werden. Das würde Schritt für Schritt deren städtebaulichen Einbezug in die Siedlungslandschaft ermöglichen und so wertvolle Innenränder mit öffentlichem Grün zwischen Zentrum, Wohnen und Arbeiten gestalten. Mit der Sicherung der äusseren und inneren Ränder und einer Zentrumsbildung wird es gelingen, das Erscheinungsbild einer

«Gartenstadt» mit Lebensqualität allmählich zu erreichen. Ansätze davon finden sich in Schaan.

### Naturnähere Umgestaltung des Alpenrheines

Der Rhein wurde vor bald 150 Jahren in ein Korsett gelegt, wir ersetzen Naturdynamik durch geometrische Linien. Beim Wasserbau ist inzwischen festgestellt, dass wir generell den Fliessgewässern zu wenig Raum gelassen haben. In der Schweiz führt dies mit angepasstem Gewässerschutzgesetz an der Rhone, Reuss, Thur und Linth zu Korrekturen. Auch am Alpenrhein sind auf der Strecke Vorarlberg-St.Gallen die Planungen schon weit gediehen. Unsere Hochwuhre erweisen sich zudem als nicht ausreichend stabil und brauchen eine Sanierung. Im Wissen dass der Alpenrhein als Oekosystem krankt, ist eine Wiederbelebung des Rheines angesagt. Die Internationale Rheinkommission sieht in einem Gesamtkonzept darum Aufweitungen vor, um den Rhein ökologisch aufzuwerten und die Hochwassersicherheit durch Wasserzurückhaltung auch im Zeichen des Klimawandels zu sichern. Im Kleinen haben wir solche Revitalisierungen bereits zahlreich vorgenommen. Solche Jahrhundertfragen können nicht sektoral angegangen werden, sie brauchen übergeordnete Sichtweisen.

Unsere Zivilgesellschaft muss die Chance nutzen einen Entwicklungspfad zu verlassen, der sich als nicht nachhaltig herausgestellt hat. Es sind tiefgreifende Lernprozesse einzuleiten und eine Rückbesinnung auf Eigenverantwortung, Solidarität zwischen und innerhalb der Generationen braucht mehr als nur technische Innovation. ■

# Eine Bodenwertsteuer könnte raumplanerisch wirken

Text Barbara Jehle



Der Ökonom Andreas Brunhart hat vor zwei Jahren ein Arbeitspapier zur Wirtschaftsentwicklung im Zusammenhang mit einer Bodenbesteuerung in Liechtenstein verfasst. Es kann auf der Homepage des «Liechtenstein-Instituts» heruntergeladen werden. Boden in Liechtenstein ist heute doppelt so teuer wie über dem Rhein. Die Bodenpreise sind von 1976 bis 2014 um 600 Prozent gestiegen. Das macht gemäss dem Forscher inflationsbereinigt 250 Prozent aus. Die Siedlungsfläche ist seit 1960 um 700 Prozent gestiegen, die Bevölkerung im gleichen Zeitraum aber nur um 120 Prozent. Das bedeutet, dass immer neue Gebiete bebaut wurden und eine starke Zersiedelung kultiviert wurde. Brunhart sieht einen der Gründe der Zersiedelung in der schlechten Raumplanung. Es wurde für 100'000 Einwohner zonierte, was den Verdichtungsdruck stark reduziert hat. Alle zwei Wochen wurde in der Vergangenheit die Fläche eines Fussballfeldes zusätzlich verbaut (Vgl. auch Broggi, S. 14). Für den Ökonomen Brunhart ist die Entwicklung nicht nur aus Umweltüberlegungen bedenklich. Auch wirtschaftlich hat sie direkt oder indirekt grosse Konsequenzen. Einen Bodenkauf im eigenen Land können sich nur noch sehr Reiche leisten. Boden wird aber nicht nur für alle, die vom eigenen Häuschen träumen, enorm teuer, sondern auch für Wirtschaft, Staat und Gemeinden. Unternehmen und öffentliche Hand haben mit hohen Infrastrukturausgaben zu kämpfen, was sich letztlich negativ auf die wirtschaftliche Prosperität Liechtensteins niederschlägt. Boden wird im Vergleich zu anderen Vermögensarten steuer-

lich bevorzugt. Dies, obwohl im Gegensatz zu anderen Vermögensarten Bodenwertsteigerungen nicht aus eigener Leistung entstehen, sondern wegen Leistungen von Staat und Gesellschaft (Infrastruktur, Strassen, Schulen, Umweltqualität, Kulturangebot, wirtschaftliches Umfeld etc.). Trotzdem beteiligen sich BodenbesitzerInnen kaum an den Kosten für öffentliche Investitionen, die in Liechtenstein besonders hoch sind. Was könnte getan werden? In der Ökonomie findet eine Bodenwertsteuer breiten Konsens. Diese Steuer bewertet ausschliesslich den Bodenwert und nicht die Immobilie darauf. Der Steuersatz könnte je nach raumplanerischem Ziel variiert werden. Die Idee ist in Liechtenstein nicht ganz neu, vor 1923 gab es eine Bodensteuer. Ab 1923 wurde sie dann in die Vermögenssteuer aufgenommen, heute wird 4% des (meist zu tiefen) Bodenschätzwerts als Sollertrag platziert und dann zu den versteuernden Einnahmen hinzuge-rechnet. Laut Andreas Brunhart ist eine Bodenwertsteuer (Land Value Tax) eine bestechende Idee: Für die Allgemeinheit dürfte sie attraktiv sein, weil durch die neuen Steuereinnahmen Arbeitnehmende und Unternehmen durch die Senkung oder Abschaffung einzelner Steuerarten steuerlich entlastet werden. Die Bodenverfügbarkeit würde grösser. Durch einen Freibetrag könnte die Bodenwertbesteuerung sozial ausgestaltet werden. Infrastrukturausgaben würden geringer und so stünde Staat und Gemeinden mehr Geld für andere Aufgaben zur Verfügung. Nicht zuletzt glaubt Brunhart auch, dass die Bodenwertsteuer in Liechtenstein ein gutes Steuerungsinstrument für verdichtetes Bauen wäre. Der Ökonom ist überzeugt, dass eine Bodenwertsteuer für weniger starken politischen Widerstand sorgen würde als herkömmliche Raumplanung mit Zonierungen. ■





Text Conny Büchel Brühwiler

# Wo steckt der Wurm drin?

**Eine Zivilisation kann sich zurückentwickeln, das ist die bittere Erkenntnis, wenn der Stand der Frauenrechte weltweit betrachtet wird. In der Vertretung der Frauen in der Politik ist auch Liechtenstein rückwärts gerutscht und auf dem zweitletzten Platz der Länder Europas gelandet.**

Die Rechte der Frauen mussten in allen Staaten dieser Welt erkämpft werden. Sie sind ein wesentlicher Teil vom Demokratisierungsprozess in den verschiedenen Gesellschaften und Kulturen.

Lange Zeit ging ich von der Annahme aus, dass sich Zivilisationen nicht rückwärts entwickeln können. Dass sich in einer Zivilgesellschaft eine bleibende Vorstellung von Demokratie entwickelt. Etwas, das sich Menschen geschaffen haben, das Bestand hat.

Ich wollte daran glauben, dass zivilisierte, demokratische Systeme in der Lage sind, ihre Instrumente zu verfeinern und weiter zu entwickeln. Dass in der westlichen Gesellschaft, in der ich lebe, ein erwünschter Zustand von friedlichem Zusammenleben mit einem hohen Demokratieverständnis möglich sein kann.

Die rechtsradikalen Tendenzen und Aktionen von männlichen Jugendlichen und Erwachsenen im In- und Ausland habe ich nicht als Vorzeichen gedeutet, was später als Welle durch ganz Österreich, die Schweiz und Deutschland schwabte und in unseren unmittelbaren Nachbarländern, und auch in Liechtenstein für Schlagzeilen und kurzfristige Empörung sorgte. Ausländerfeindliche Aktionen, Diffamierung von Schwulen

und Lesben, Unterdrückung der Frauenrechte, Rechtsradikale Entgleisungen und rechtspopulistische Rhetorik sind medial täglich präsent.

Polen und Ungarn sind in den letzten Jahren klar rechts zu verorten. Seit der Wahl Donald Trumps im November 2016 ist Amerika und seit April 2017 auch die Türkei weiter nach rechts gerutscht. «Gelenkte Demokratie» ist die reduzierte Formel für die Machtkonzentration auf einige wenige oder einen einzelnen Mann. Was ist denn in diesem Sprachgebrauch das Gegenteil von gelenkter Demokratie? Ungelenkte Demokratie?

## In rechten Ländern werden Frauenrechte missachtet

Was passiert mit den Frauenrechten in Ländern, die sich politisch rechts ausrichten?

Einige Beispiele: Im konservativ-katholischen Land Polen wollte das Parlament im Oktober 2016 eine zusätzliche Verschärfung der strengen Abtreibungsgesetze vornehmen. Nur dank dem Mut und dem Druck der Frauen, die sich durch Demonstrationen und Aktionen lautstark Gehör verschafften, lehnten der Parlamentsausschuss und das Parlamentsplen den Gesetzesentwurf schliesslich ab.

**«Unterdrückung der Frauenrechte sind medial täglich präsent.»**

# «Niemand in Entscheidungsfunktion hat sich darum gekümmert.»

Eine der ersten Amtshandlungen von Präsident Donald Trump war die Streichung von Geldern für die Organisation Planned Parenthood und andere Organisationen, die Frauen in Familienfragen auch international beraten und dabei Abtreibung als Option nennen. Die Minderheitsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi sagte: «Wir kehren zu einer unwürdigen Ära zurück, die amerikanische Werte entleert und Millionen Frauen rund um die Welt unsagbares Leid zufügt.» Trump kündigte im gleichen Atemzug ein Abtreibungsverbot für Amerika an.

In der Türkei bezeichnete Präsident Recep Tayyip Erdogan 2016 Verhütung und Abtreibung als «Verrat an der Nation» und «Mord». Er reduziert Frauen auf ihre Mutterrolle. Berufstätige Mütter werden seiner Ansicht nach im Kapitalismus verklavt. Er fordert, dass türkische Frauen mindestens drei Kinder bekommen sollen und verurteilt die Abtreibung, die Pille danach und ebenso Kaiserschnittoperationen.

## Liechtenstein ist auf dem zweitletzten Platz

Viktor Orban, Staatschef von Ungarn, äussert sich Medien gegenüber zynisch, wenn es um Frauenrechte geht. Er will keine Frauen in der Politik. Sie sollen zuhause

die klassische Frauenrolle einnehmen und den Männern das Politikgeschäft überlassen. Kein europäisches Land hat so wenig weibliche Abgeordneten wie Ungarn, keine einzige Frau ist in der Regierung und im Kabinett. Ungarn liegt in der Weltklassifikation der Frauen in Parlamenten auf Rang 158. Liechtenstein liegt auf Platz 147. Dazwischen liegt kein einziges europäisches Land mehr...! ([www.ipu.org/wmn-e/classif.htm](http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm))

Und wohin entwickelt sich Liechtenstein, das Land, das von allen Staaten Europas am zweitwenigsten Frauen im Parlament hat und im Weltranking weit hinter Somalia, Rumänien, Pakistan, ja sogar Saudi Arabien zurückliegt?

## Ziele sind formuliert, die Regierung packt sie nicht an

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein ist bereits im Jahre 1997 (also vor genau 20 Jahren) zu der Erkenntnis gelangt, dass es «vor allem die mangelnden politischen Profilierungsmöglichkeiten sind, die es den Frauen schwer machen, in höhere politische Gremien wie Landtag oder Gemeinderat gewählt zu werden.» Die Regierung hat daraufhin eine Entscheidung getroffen: «Bei den in der Zuständigkeit der Regierung liegenden Bestellungen

von Gremien wie Kommissionen, Arbeitsgruppen und Delegationen soll deshalb grundsätzlich auf eine ausgewogene Frauenvertretung geachtet werden (...) Ziel ist das paritätische Verhältnis von weiblichen und männlichen Mitgliedern. Die Parteien werden aufgefordert, der Regierung in den Fällen, bei denen sie zur Nomination aufgefordert sind, solange Kandidatinnen bevorzugt vorzuschlagen, bis dieses Ziel erreicht ist.» (Regierungsentscheid zur Bestellung von Gremien – Ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern, 16. Juli 1997)

## Die Mehrheit im Land ist weiblich

Da hat sich die Regierung in den letzten zwanzig Jahren mächtig ins Zeug gelegt. Die aktuellen Zahlen der letzten Jahre sprechen eine deutliche Sprache: Bis heute wurden keine paritätischen Verhältnisse erreicht. Wie auch? Niemand in Entscheidungsfunktionen hat sich ernsthaft darum gekümmert. Freiwilligkeit erzielt keine Fortschritte – im Gegenteil. Nicht einmal die Minimalanforderung «nicht mehr als 2/3 der Sitze an ein Geschlecht zu vergeben» wurde erreicht. Nach meinem Demokratieverständnis sollte die Mehrheit der wahlberechtigten Personen auch mehrheitlich in politischen Gremien vertreten sein. Die Mehrheit der Wahlberechtigten ist weiblich. Ich spreche hier also nicht von Minderheitenschutz. Es fehlt an der Anerkennung, dass beide Geschlechter angemessen in Landtag und Regierung vertreten sein müssen. ■

# EWR-rechtswidrig, wirtschaftsfeindlich und unberechenbar

Text Pepo Frick, pepo.frick@gmail.com

**Die verlockende Idee, das Kindergeld von ausländischen Arbeitskräften an das Lohnniveau des Landes anzupassen, in dem ihre Kinder leben, ist schlicht nicht umsetzbar. Die von der FBP vorgeschlagene Staffelung des Kindergelds könnte sich gar zu einem Kinderüberraschungsei entwickeln.**

Die mediale Diskussion des FBP Vorschlags zur Indexierung des Kindergeldes ist bisher äusserst kurzfristig verlaufen. In einer Umfrage des «Vaterlandes» wurde tendenziös gefragt, ob die «Diskriminierung» der Liechtensteiner Familien nicht gestoppt werden soll. Die Idee dahinter: Liechtensteiner Familien hätten viel höhere Lebenshaltungskosten als Familien im Ausland, daher sei es unfair und diskriminierend, wenn Familien im Ausland den gleichen Zustupf an Kindergeld erhalten. Die FBP verspricht sich durch eine Indexierung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten einen Einspareffekt für die Familienausgleichskasse (FAK).

Liechtenstein ist sehr stark von Grenzgängerinnen und Grenzgängern abhängig, die einiges zum Wohlstand Liechtensteins beitragen. Gerade für eher schlecht bezahlte Jobs müssten UnternehmerInnen damit einen Trumpf aus der Hand geben. GrenzgängerInnen aber auch Liechtensteiner Arbeitnehmenden mit niedrigen Löhnen, deren Kindern im Ausland leben, könnten keine attraktiven Sozialleistungen mehr in Aussicht gestellt werden, die den Lohn aufbessern. In Zukunft müsste ihnen gemäss dieser Idee kommuniziert werden, dass sie bei Sozialleistungen anders behandelt werden als Einheimische – sprich, sie das Nachsehen haben.

## Nicht viel mehr als ein Marketinggag

Bei genauerer Betrachtung ist diese im Koalitionsvertrag enthaltene Idee einer Inde-

xierung weder umsetzbar noch für Liechtenstein attraktiv. Übrig bleibt nicht viel mehr als ein Marketinggag der FBP. Das Postulat macht Familien in Liechtenstein Hoffnung, dass Geld frei wird, um eine Art «bezahlten Elternurlaub light» zu ermöglichen. Die FBP möchte nämlich prüfen, das durch die Indexierung gesparte Geld wahlweise in den ersten Lebensjahren des Kindes auszubehalten. Das Kindergeld könnte somit gestaffelt bezogen werden.

Die FBP weiss, dass eine Indexierung des Kindergeldes im EWR-Ausland rechtlich nicht möglich ist. Spannend ist auch die Frage, ob dies nicht sogar verfassungswidrig ist. Im Inland kann Liechtenstein mit dem Kindergeld machen was es will. Im Ausland ist unser Land an EWR-Recht gebunden. Der Landtagspräsident Albert Frick (FBP) hat dies in einem Interview bereits eingeräumt und bezweifelt ebenfalls, dass diese Idee eine Chance hat. Es bleiben also nur noch nicht EWR-Staaten übrig, für die diese Indexierung angewendet werden könnte. Mit der Schweiz ist eine Indexierung gemäss einem EFTA Abkommen ebenfalls nicht möglich. Wie viele Kinder davon betroffen wären, kann derzeit laut Walter Kaufmann, Direktor der FAK, mit dem aktuellen IT-System nicht ausgewertet werden, dies sei erst im Lauf des nächsten Jahres möglich. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass in allen Ländern eine Kaufkraftbindung wirken werde und in New York die Lebenskosten wohl kaum billiger seien als in Liechtenstein, so Kaufmann.

## Von wegen, im Ausland ist das Leben günstiger

Die meisten Arbeitskräfte aus dem Ausland stammen aus der Schweiz und Österreich, aus Ländern also, die auch relativ hohe Lebenshaltungskosten haben. Nur schon diese Kosten auszurechnen, ist sehr aufwändig: Die Regierung hat im letzten Jahr einen Vergleich der Lebenshaltungskosten zwischen Liechtenstein und der Schweiz machen lassen und ist zum Schluss gekommen, dass in Liechtenstein unabhängig davon, welchen Kanton man als Vergleich heranzieht, am Ende des Monats markant mehr vom Lohn übrig bleibt als in der Schweiz. Die Lebenshaltungskosten, Steuern und Lohnabzüge belasten also Berufstätige in der Schweiz mehr als in Liechtenstein. Nur schon die Prüfung der Lebenshaltungskosten aller Länder, in die Liechtenstein Kindergeld auszahlt, würde zu einer bürokratischen Kraftübung werden. Wie viel also tatsächlich eingespart werden könnte, muss zuerst sehr kritisch geprüft werden. Das Resultat könnte ernüchternd sein.

Ernüchterung wird sich auch einstellen, wenn genau durchdacht wird, welche Schwierigkeiten bei einer Staffelung des Kindergeldes auftauchen. Walter Kaufmann formuliert es so: «Jeder Grenzgänger würde natürlich sofort bei der Geburt des Kindes den höchstmöglichen Betrag abrufen und dafür für die restlichen 18 Jahre einen tieferen Betrag in Kauf nehmen. Er weiss ja nicht, ob er die restlichen 18 Jahre überhaupt in Liechtenstein

arbeiten wird. Auch Arbeitnehmende mit Wohnsitz in Liechtenstein würden wohl eher das ganze Geld auf einmal beziehen, weil sie nicht wissen, ob sie in Liechtenstein bleiben oder ob sich die Rechtslage im Verlauf der 18 Jahre verändern bzw. vielleicht sogar verschlechtern wird.» Walter Kaufmann weist auch darauf hin, dass momentan unklar ist, wie sich die liechtensteinischen Ansätze der Familienzulagen in den nächsten 20 Jahren entwickeln: «Wenn wir heute also sagen, «du kriegst wahlweise mal 50 Prozent des Gesamtbetrags, der bis zum 18. Lebensjahr deines Kindes möglich wäre, gleich am Anfang», dann wird das schon mal prickelnd, wenn dann später, in zehn Jahren, die Ansätze geändert werden.»

## FAK Kasse strapaziert, ohne wirklichen Nutzen

In anderen Worten, eine flexible Ausgestaltung des Kindergelds ist ein Kinderüberraschungsei, das Liechtenstein schwer aufliegen könnte. Es wäre viel transparenter, die berechenbare Variante eines bezahlten Elternurlaubs zu fordern.

Walter Kaufmann weist ausserdem darauf hin, dass Eltern, deren Kinder schon fünf Jahre alt oder älter sind, kräftig «murren», wenn nur mehr in die neugeborenen Kinder investiert würde. Diese werden auch ihren Anteil am Kuchen wollen. Seit 2007, also seit 10 Jahren, wurden die Auszahlungsansätze nicht mehr erhöht und die FAK hat in diesen 10 Jahren Reserven aufgebaut. Die Kasse hat ca. 6400 Familien, an die sie monatlich Leistungen ausrichtet. Wenn der Kuchen also «breit verteilt» werde, um eine Staffelung des Kindergeldes durchzubringen, dann gebe es sehr kleine Stückchen: Der Elternurlaub würde dann nicht mehr nur «light», sondern «ultralight» oder «zero» ausfallen, erklärt Walter Kaufmann. «Was mich am meisten erschreckt: wenn hier die Hoffnung suggeriert wird, dass man aus der FAK viel Geld in die Familien stecken kann, dann kann das wirklich ernüchternd ausfallen.» Wenn alle Familien mehr forderten und die Familie für jedes Kind 10 Franken mehr im Monat bekommt, dann ist eine Million in der Kasse weg und bewirkt wurde noch immer nichts. ■

# Drohende Mehrwertsteuererhöhung: Ein Segen für die AHV

Text Thomas Lageder, Thomas.Lageder@Landtag.li

Im September dieses Jahres stimmen die Schweizer StimmbürgerInnen über die Altersvorsorge 2020 ab. Das hat über den Zollvertrag auch Auswirkungen für Liechtenstein. Denn die Schweiz will die AHV unter anderem auch über eine Mehrwertsteuererhöhung finanzieren. Bei einer Annahme würde die Mehrwertsteuer auch in Liechtenstein im Jahr 2021 um 0,3 Prozentpunkte und 2025 nochmals um 0,4 Prozentpunkte angehoben. Der Liechtensteiner Staat könnte somit mit rund 8 Mio. respektive später nochmals mit weiteren ca. 11 Mio. Franken an Zusatzeinnahmen rechnen.

Bekanntlich wird der Staatsbeitrag Liechtensteins an die AHV per Ende 2017 von 54 Mio. Franken auf 30 Mio. Franken gekürzt und zusätzlich die Beiträge und das Rentenalter erhöht. Der Staatsbeitrag pro Kopf liegt in Liechtenstein dann wesentlich tiefer als in der Schweiz. Die Freie Liste wird sich dafür einsetzen, den Staatsbeitrag pro Kopf wieder auf ein ähnliches Niveau wie in der Schweiz zu erhöhen. Bisher bezahlte Liechtenstein einen Beitrag von 1400 Franken pro Kopf, nach den Sparmassnahmen an der AHV werden es nur noch 700 Franken pro Kopf sein. Zum Vergleich: In der Schweiz sind es 1300 Franken, in Deutschland 1000 Franken.

Die Mehrwertsteuer ist eine sehr unsoziale Steuerform. Sie belastet de facto Personen, die wenig Geld zur Verfügung haben und Ende Monat alles für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen wesentlich stärker als Personen, die nicht ihr ganzes Geld für den Konsum ausgeben müssen. Die Mehrwertsteuer, obwohl sie ein prozentualer Satz ist, wirkt wie eine degressive

Steuer. Mit Mehrwertsteuererhöhungen ist daher sehr restriktiv umzugehen.

Die Verwendung der neuen Mehrwertsteuergelder für die AHV macht aber Sinn, da in der AHV eher das umgekehrte Prinzip herrscht. Die AHV hat nämlich eine stark umverteilende Wirkung, da die Auszahlungen nach oben begrenzt sind. Die Mehrerträge aus der Mehrwertsteuer als Staatsbeitrag der AHV zukommen zu lassen, wäre ein fairer Ausgleich.

Die Regierung muss das nächste versicherungstechnische Gutachten zum Zustand der AHV bis Ende 2018 in Auftrag geben. Das wird eine gute Gelegenheit sein, die Sanierung des Staatshaushaltes auf Kosten der AHV rückgängig zu machen und dafür zu sorgen, dass der Staatsbeitrag an die AHV wieder mindestens in die Nähe des alten Niveaus angehoben wird. ■

# Die Regierung packt die Chance noch etwas verhalten an

Text Helen Konzett, helen.konzett@landtag.li

**Aus der Interpellationsbeantwortung der Regierung zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der UNO geht noch nicht klar hervor, welche Bedeutung ihnen beigemessen wird. Die Regierung zeigt sich selbstzufrieden und lässt sich da, wo es konkret werden müsste – bei der Aktions- und Budgetplanung – noch nicht in die Karten blicken.**

Im Mai-Landtag wurde die Interpellationsbeantwortung der Regierung zu den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen 2015-2030 diskutiert; die Freie Liste hatte die Interpellation im letzten Jahr eingereicht.

## Engagement im Ausland...

Liechtenstein hat sich vor zwei Jahren zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) 2015 bis 2030 der UNO verpflichtet. Es soll bis zum Jahr 2030 keine Menschen mehr geben, die Hunger leiden oder es soll weltweit Gleichheit unter den Geschlechtern und Volksgruppen herrschen: Die Ziele sind ehrgeizig. Die verpflichteten Länder sollen im Inland genauso wie im Ausland zur Umsetzung der Ziele beitragen und die Zivilgesellschaft miteinbeziehen. Jedes Land kann sich selber Schwerpunkte geben, welche es besonders intensiv bearbeiten will. In der Beantwortung der Interpellation zeigt sich die Regierung selbstzufrieden mit dem ersten Zwischenstand zur Umsetzung der eigenen Ziele. Aussenpolitisch leiste Liechtenstein insbesondere durch die internationale humanitäre Zusammenarbeit (IHZE) einen grossen Beitrag, schreibt die Regierung. Liechtenstein verfügt tatsächlich über ausgezeichnete Organisationen im Bereich der humanitären Zusammenarbeit.

Die IHZE Liechtensteins ist thematisch so ausgerichtet, dass sie zu praktisch allen 17 SDGs einen Beitrag leistet.

## ...und Engagement im Inland

Die Ziele sind so formuliert, dass auch gut

entwickelte Länder sich Ziele im Inland setzen können.

Zentral ist bei den SDGs auch das Engagement der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Die Regierung schreibt, dass der Privatsektor und die Gesellschaft zur Umsetzung der SDGs einbezogen werden sollen. Derzeit ist der Schritt auf die Wirtschaft und die zivilgesellschaftlichen Vereine zu aber noch nicht geschehen. Unserer Ansicht nach könnte eine gemischt zusammengesetzte Steuerungsgruppe die Themen und Aktionen ausarbeiten.

Bei der Frage nach dem Budget und einem Aktionsplan hält sich die Regierung leider besonders bedeckt. Es bleibt unklar, wie die gewählten SDG-Kernthemen umgesetzt werden und ob die Regierung bereit ist, zukünftig den ODA-Zielwert von 0.7 Prozent zu erfüllen.

## ökologischer Fussabdruck

Die Regierung schreibt: «Einzelne Strategien der Regierung, wie etwa die Klima- und Energiestrategie, tragen bereits zur Reduktion des ökologischen Fussabdrucks Liechtensteins bei.» Hier bräuchte es die Selbsterkenntnis, dass das Formulieren von Strategien alleine leider noch keinen ökologischen Fussabdruck verkleinert hat. Wenn Liechtenstein hingegen den öffentlichen Verkehr inklusive Bahn stärker fördern würde oder wenn von der Energiestrategie 2020 mehr als das bisher erreichte Drittel umgesetzt würde, würde dies den Fussabdruck merklich verkleinern. Den Biodiversitätsverlust zu stoppen könnte auch als Ziel für Liechtenstein definiert werden.

## Wirtschaftliche und soziale Ziele

Auf die leichte Schulter können die von Liechtenstein definierten Entwicklungsziele nicht genommen werden.

Faktische Gleichstellung und Lohngleichheit müssen aktiv vorangetrieben werden, auch wenn solche Prozesse manchmal bedingen, dass man gesetzliche Massnahmen trifft. Die Regierung schreibt: «In vielen Bereichen sind ein gesellschaftliches Umdenken und eine Änderung bestimmter Verhaltensweisen erforderlich.» Dieser Satz lässt sich gut auf die faktische Gleichstellung beziehen, auf die Liechtenstein bei den SDGs einen Schwerpunkt gesetzt hat. Ob sich die Regierung in der Gleichstellung wirklich aktiv engagiert, ist zu bezweifeln.

Als gewinnbringend erachtet die FL-Landtagsfraktion vor allem das Kombinieren von verschiedenen Zielen mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsziel eines dauerhaften, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums. In Wirtschaftsthemen hat Liechtenstein eine grosse Expertise. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster können gefördert werden. Eine Lebensmittelproduktion, die auf «bio» und «fair trade» setzt, könnte neue Jobs in einer grünen und sozialen Wirtschaft schaffen. Dazu braucht es eine belastbare Infrastruktur, wozu für uns auch der Ausbau einer Bahn-Infrastruktur gehört. ■